53. Jahrgang. № 153. Freitag, 4. Juni 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr unentgeltlich. Für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher (spätestens Abend-Ausgabe) erhaltenen die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Zeilen) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen aus der Privatseite 30 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Im Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

SCHUTZMARKE **Hühneraugen, Hornhaut** beseitigt gründlich Cornpflaster der **Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.** Nur echt mit Schutzmarke „Mutter Anna", à Couvert 50 Pfennige. Prompter Versand nach auswärts.

TELEPHON 1771 **CLICHÉS** JEDER ART WERNER & ZILLER DRESDEN-A. Reisigmarkt 52 — für Cataloge Inserate Photo-Lithographie Zeichnungen

Gusseiserne Kanalisations-Artikel nach Vorschriften des städtischen Tiefbauamtes empfiehlt **Florian Czockert's Nachfolger** Ferdinand Wiesner, Dresden, Töpferstr. 9, 13 u. 15.

Lederwaren und Reise-Artikel empfiehlt in grösster Auswahl vom einfachsten bis feinsten Genre **Robert Kunze,** Altmarkt — Rathaus und Prager Str. 30.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, ziemlich heiter.

Die Dresdner Liedertafel brachte gestern dem Grafen Zeppelin in Friedrichshafen eine Huldigung dar.

In Leipzig wurde gestern die Zweite deutsche Musikfachausstellung eröffnet.

Der Manöverbesuch Kaiser Wilhelms in Oesterreich wird bestimmt in die 2. Septemberwoche fallen.

Am Dienstag werden die Finanzminister der deutschen Einzelstaaten in Berlin zusammentreten, um Stellung zu den Beschlüssen der Finanzkommission des Reichstages zu nehmen.

Reichsschatzsekretär Sydow hat eine Reihe von Interessenten und Sachverständigen aus allen Teilen des Reiches zur Besprechung wegen der Reichsfinanzreform eingeladen.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Flottenvereins trat gestern in Kiel zur Vorberatung zusammen.

Das „Musikalische Wochenblatt" veröffentlicht den Aufruf zur Gründung einer Gluck-Gesellschaft.

In Worms soll, wie verlautet, ein Landungsplatz der Zeppelin-Luftschiffe für die Strecke Basel—Düsseldorf errichtet werden.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag findet vom 12. bis 18. September in Leipzig statt.

Deutsche Ostmarkenpolitik.

Der Kaiser hat am Donnerstag das neue Königliche Residenzschloß in der Hauptstadt der preußischen Provinz Posen, das als äußeres Wahrzeichen der preußischen Staatsgewalt über die ehemals polnischen Landesteile errichtet worden ist und wahrscheinlich berufen sein wird, einem der Prinzen des Königlichen Hauses zu regelmäßigem, wenn auch nicht ständigem Aufenthalte zu dienen, einer Besichtigung unterzogen. Wohl ist bei dem Schloßbau in Posen der Wunsch bestimmend gewesen, an der Stelle, wo Deutschtum und Slawentum aufeinander stoßen und um den wirtschaftlichen und kulturellen Vorrang streiten, durch ein monumentales, zur Residenz des Landesfürsten bestimmtes Bauwerk weithin kund zu tun, daß die alte deutsche Herrlichkeit, durch Jahrhunderte von Kämpfen und Leiden in die Gegenwart herübergerettet und in den Tagen der Einigung des Reiches mit neuem Glanze umwoben, in voller Lebenskraft besteht und jeden Augenblick aufs neue sich bewähren kann, wenn kein anderes Mittel bleibt, die Ehre der Nation zu wahren. Aber zugleich soll das Königliche Residenzschloß zu Posen ein Zeichen sein, daß der Landesherr sich in den erst seit etwa hundert Jahren dem preußischen Staate gehörigen, ehemals polnischen Landesteilen ebenso zu Hause fühlen, ebenso enge persönliche Beziehungen zu der Bevölkerung herstellen und unterhalten will, wie in den älteren Provinzen der Monarchie. Das ist ein Ausdruck des Entgegenkommens und Vertrauens, den die polnisch sprechende Bevölkerung Posens und Westpreußens hoffentlich nach seinem vollen Werte zu würdigen wissen wird. Der Monarch zeigt durch die Erhebung der Provinzialhauptstadt Posen zur Königlichen Residenz, daß die Träger der preußischen Staatsgewalt, der König und die Regierung, mit den preußischen Polen in Frieden und, in Uebereinstimmung mit 38 Millionen preußischen Staatsbürgern deutscher Zunge, in freundnachbarlichen Beziehungen leben wollen. Aber sie erwarten anderseits und machen dies zur Voraussetzung ihrer eigenen versöhnlichen Haltung, daß die preußischen Polen den seit mehr als hundert Jahren bestehenden Tatbestand ihrer Zugehörigkeit zu Preußen ehrlich und endgültig als unabänderlich anerkennen und demgemäß in Zukunft jede öffentliche Betätigung, jede parlamentarische und politische Aktion unterlassen, die auf deutscher Seite als Aeußerung der Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, als Widerstand gegen die staatliche Oberhoheit oder als Auflehnung gegen die selbstverständliche Herrschaft des Deutschtums verstanden werden müßte.

Gegenwärtig freilich ist noch keine Abschwächung, geschweige denn ein Ende des schweren Kampfes abzusehen, in dem Deutsche und Polen einander gegenüberstehen. Deutsche und Polen! Längst ist die sogenannte polnische Frage nicht mehr auf den Gegensatz zwischen den deutsch sprechenden und den polnisch sprechenden Bewohnern der Ostmarken beschränkt. Die Ansiedler, die der preußische Staat durch Vermittlung der Ansiedlungskommission mit Hilfe der vom preußischen Landtage bewilligten Kredite in den Ostmarken ansetzt, um eine erfolgreiche Bodenpolitik zu betreiben und dem deutschen Element einen angemessenen Anteil an der wirtschaftlichen Zukunft der beiden Provinzen zu sichern, entstammen den verschiedensten deutschen Stämmen. Namentlich ist auch Süddeutschland stark vertreten. Sie sind vermöge der Beziehungen zu ihrer alten Heimat, die noch Jahrzehnte lang gepflegt zu werden pflegen, und vermöge der Gewohnheiten und Lebensanschauungen, die sie mitgebracht haben, wertvolle und zuverlässige Bindeglieder zwischen dem Reichsganzen und der preußischen Grenzmark. Diese Abwanderung deutscher Bauern in das Ansiedlungsgebiet, die keineswegs mit leeren Taschen zu kommen pflegen und, soweit sie nicht katholischer Konfession und als solche willenlose Werkzeuge der ultramontanen Geistlichkeit sind, einen starken Rückhalt des Deutschtums bilden, findet noch immer in großem Umfange statt. In den zwei Jahrzehnten, die etwa seit dem Beginn der Tätigkeit der Ansiedlungskommission vergangen sind, sind gegen 16 000 deutsche Ansiedlerfamilien in Posen und Westpreußen seßhaft geworden. Sie stehen im Begriff, mit den seit vielen Generationen in Posen und Westpreußen ansässigen deutschen Bauernfamilien eine neue politische Organisation zu begründen, die ihnen größere Selbständigkeit verschaffen soll. Sie haben zu diesem Zweck eine Tagung auf den 20. d. M. nach Gnesen einberufen. Die Verhandlungen werden erkennen lassen, daß in dem bäuerlichen deutschen Element der beiden Provinzen festes, stolzes, selbstbewußtes Deutschtum lebt, daß also die Lasten, die der preußische Staat um ihretwillen übernommen hat, sich als werbendes und sicherndes politisches Kapital darstellen. Auf dieser soliden Grundlage darf die preußische Regierung getrost weiter bauen; spätere Geschlechter aber, die die nach Erprobung verschiedener Besiedlungssysteme noch immer in den Anfängen stehende Germanisationsarbeit in ihrer vollen Entwicklung und Leistungsfähigkeit schauen werden, werden anerkennen müssen, daß der preußische Staat, wie er selbst sich als ein Teil des großen deutschen Vaterlandes fühlt, hier wiederum ein Stück großdeutscher Arbeit vollbracht und aus eigener Kraft und eigenen Mitteln ein Werk in Angriff genommen hat, das auch im Interesse Gesamtdeutschlands gelegen ist.

Die Erkenntnis dieser Tatsache kommt äußerlich darin zum Ausdruck, daß im Reichstage, wenn preußisch-polnische Angelegenheiten erörtert werden, die Vertreter der preußischen Regierung nicht mehr, wie es früher der Fall war, den Verhandlungen fern bleiben oder eine sachliche Behandlung des Gegenstandes ablehnen, sondern den Kampf gegen die polnische Gefahr grundsätzlich als eine Aufgabe bezeichnen, an der auch das Reich in seiner Gesamtheit interessiert ist. Mehrfach ist denn auch die Reichsgesetzgebung in den Dienst der Ostmarkenpolitik, die noch bis vor wenigen Jahren unter diesem Gesichtspunkte ausschließlich preußische Angelegenheit war, gestellt worden. Das ist geschehen im Reichsvereinsgesetz durch Aufnahme des sogenannten Sprachenparagraphen, der den Gebrauch der polnischen Sprache in Vereinen und Versammlungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt und ein Uebergangsstadium von zwanzig Jahren Dauer statuiert, und ebenso im Rahmen der Etatsgesetzgebung, beim Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, der bestimmte Positionen für die Gewährung von Ostmarkenzulagen an Beamte dieser Verwaltung enthält. Diesen gesetzgeberischen Maßnahmen, allerdings auch dem von der polnischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesetzantrag über Freiheit des Grundeigentumerwerbs, der sich gegen das bekannte, übrigens bisher noch in keinem einzigen Falle zur Anwendung gelangte preußische Enteignungsgesetz richtet und dieses im Wege der Reichsgesetzgebung unwirksam zu machen strebte, haben zahlreiche süddeutsche Mitglieder der liberalen Parteien zugestimmt. Sie sind dadurch in ein engeres Verhältnis zu der Polenfrage getreten und haben dieses gesteigerte Interesse soeben durch Ausführung einer Besuchsreise durch das preußische Ostmarkengebiet praktisch betätigt. Sie haben unter Führung verschiedener Ortsgruppen des Ostmarkenvereins ostdeutsche Städte und Ansiedlungsgebiete besichtigt. Ihnen folgt in den Tagen vom 7. bis 13. Juni eine aus 30 bis 40 Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses bestehende parlamentarische Reisegesellschaft, die sich gleichfalls mit eigenen Augen von dem Stande der deutschen Kultur- und Kolonisationsarbeit in den gemischtsprachigen Landesteilen überzeugen will. Alle diese Vorgänge deuten darauf hin, daß die polnische Frage Gemeingut des deutschen Volkes zu werden beginnt. Um so mehr verdient die Haltung der stärksten Partei des Reichstages entschiedene Verurteilung. Das Zentrum hat den polnischen Abgeordneten im Reichstage und im preußischen Landtage von jeher die Stange gehalten und es hat seine schützende und stützende Tätigkeit mit besonderem Eifer ausgeübt.

Neueste Drahtmeldungen vom 3. Juni.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Am nächsten Dienstag werden die Finanzminister der deutschen Einzelstaaten in Berlin zusammentreten, um Stellung zu den Beschlüssen der Finanzkommission des Reichstages zu nehmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichsschatzsekretär Sydow hat, wie die „Berl. B.-Ztg." erfährt, eine große Reihe von Interessenten und Sachverständigen aus allen Teilen des Reiches zur Besprechung eingeladen. Alle Steuervorschläge sollen durchgesprochen werden. Heute fand die erste dieser Besprechungen statt, und zwar handelte es sich dabei um die Parfümeriesteuer. Wie verlautet, soll nach Abschluß der Besprechungen eine offizielle Erklärung des Reichsschatzamtes zu den neuen Steuervorschlägen der konservativ-klerikalen Koalition erfolgen.

Der Manöverbesuch Kaiser Wilhelms in Oesterreich.

Wien. (Priv.-Tel.) Der Manöverbesuch des Deutschen Kaisers in Oesterreich wird, wie jetzt von dort gemeldet wird, bestimmt in die zweite Septemberwoche fallen. Es wird offiziell bekanntgegeben, daß die diesjährigen großen Kaisermanöver zwischen dem 8. und 11. September stattfinden. Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph werden im Schloß des Grafen Harrach bei Großmeseritsch (Mähren) Aufenthalt nehmen.

Eine Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren?

Petersburg. (Priv.-Tel.) In hiesigen wohlunterrichteten Kreisen verlautet, Zar Nikolaus werde auf seinen Wunsch bei der demnächst in der nördlichen Ostsee stattfindenden Begegnung mit Kaiser Wilhelm von zwei Ministern, wahrscheinlich Stolypin und Iswolski, begleitet sein.

London. (Priv.-Tel.) Zu der Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren erfährt der Petersburger Korrespondent der „Daily Mail", daß Attaché von Hinzen vor einiger Zeit einen eigenhändigen Brief Kaiser Wilhelms an den Kaiser von Rußland überbracht habe, und daß im Anschluß daran mehrere Telegramme zwischen den beiden Herrschern ausgetauscht worden seien, die sich auf die bevorstehende Begegnung bezogen hätten. Die „Times" erfahren aus Petersburg, daß die Begegnung am 17. Juni in den finnländischen Gewässern stattfinden werde.

Eine offizielle Erklärung des Grafen Zeppelin.

Berlin. Graf Zeppelin telegraphiert dem „Wolff-Bureau" aus Friedrichshafen: Gegenüber den Zeitungsmeldungen, denen zufolge ich die Erreichung Berlins mit meinem auf seiner ersten Dauerfahrt begriffenen Luftschiff in Aussicht gestellt und ersucht haben soll, Vorkehrungen zu dessen Aufnahme treffen zu wollen, stelle ich fest, daß das von mir in keiner Weise geschehen ist. Insbesondere haben weder ich noch mein Reise-Depeschen solchen Inhalts von Leipzig nach Berlin gesandt.

Deutscher Flottenverein.

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Gesamtvorstand des Deutschen Flottenvereins trat heute hier unter dem Vorsitze des Großadmirals v. Köster zur Vorberatung der auf der Tagesordnung der Hauptversammlung stehenden Gegenstände zusammen.

Von dem Großfeuer in Berlin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Großfeuer in der Holzbearbeitungsfabrik von A. Kösel ist nach dem Brande des Victoriaspeichers das größte Feuer, das Berlin in den letzten Jahren zu verzeichnen hat. Nicht weniger als 27 Rohre kämpften stundenlang vergebens mit dem verheerenden Element, und es bedurfte der größten Anstrengungen, um die Nachbargebäude zu schützen und das Feuer auf die Kösel'sche Fabrik zu beschränken. Die Hitze war so groß, daß von den Hintergebäuden einiger Häuser der Urbanstraße der gesamte Wandputz sich ablöste. Die Fensterkreuze dieser Häuser begannen zu brennen. Die Mieter machten sich zur Flucht bereit. Branddirektor Reichel ließ die Leute sofort beruhigen und sorgte durch Verlegung der Schlauchleitungen dafür, daß die Wohnungen gesichert wurden. Bis in die Morgenstunden hinein wurde das Gros der Feuerwehr am Brandplatze festgehalten. Um Mittag wurde noch mit 6 Rohren Wasser gegeben, da auf dem ausgedehnten Brandplatze immer von neuem Flammen aufzüngelten. Vernichtet wurden alle Maschinenräume, Maschinen und die gesamten Holzvorräte, so daß sich der Schaden auf etwa 200 000 Mark beziffert. Beim Einsturz eines Schuppens wurden zwei Feuerwehrleute leicht verletzt.

Von der Tagung des Internationalen Kolonialinstituts.

Haag. Das Internationale Kolonial-Institut beriet heute über die Akklimatisation der weißen Ratten in den Tropen. Zur Sammlung von statistischem Material aus den Kolonien aller Nationen wurde ein Komitee eingesetzt, dessen Mitglieder Professor Hubrecht und van Sandick-Holland, Graf Hutten-Czapski und Professor Rathgen-Deutschland, Chailley-Paris und